



Berlin-Report vom 22. Juni

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben am vergangenen Freitag eine große Persönlichkeit verloren. Mit Helmut Kohl verstarb der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, der sechzehn Jahre lang an der Spitze der Bundesrepublik stand.

Helmut Kohl war ein großer Deutscher, ein großer Europäer, der großartiges für unser Land, für Europa, für die Menschen geleistet hat. Er war maßgeblich an der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1989 beteiligt und gilt als Motor der 1993 gegründeten europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Damit war er auch maßgeblich an der Einführung des Euros beteiligt. Ich verneige mich vor seinem Lebenswerk.

Wir gehen in die vorletzte Sitzungswoche dieser Legislaturperiode. Im Parlament beschließen wir vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Pflegefachkräften und der veränderten Anforderungen an die Pflege eine wichtige Reform der Pflegeberufe.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Klaus-Peter Flosbach

I. Die politische Lage in Deutschland

Wir trauern um Helmut Kohl.

Mit Helmut Kohl ist am vergangenen Freitag ein großer Staatsmann gestorben. Die deutsche Wiedervereinigung und das vereinte Europa werden immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Wir danken Helmut Kohl dafür und werden ihn nie vergessen. In unseren Gedanken sind wir auch bei seiner Familie.

Viele von uns verbinden persönliche Erinnerungen mit ihm. Auch in seinen letzten Lebensjahren war uns der Rat Helmut Kohls wichtig. Wir erinnern uns noch lebhaft an seinen letzten Besuch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor fünf Jahren. Dort war zu spüren, wie wichtig ihm die Fraktion, die er über lange Jahre geführt und die er stets als seine politische Heimat betrachtet hatte, immer noch war. Helmut Kohl hat uns bei diesem Besuch im September 2012 eindringlich daran erinnert, dass unser Einsatz dem Frieden gelten muss – und dass dieser Frieden nur durch ein geeintes Europa bewahrt werden kann.

Wir verneigen uns vor Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit und Ehrenbürger Europas. Wir wissen, was unser Kontinent, was unser Land, was aber auch unsere Partei und unsere Fraktion ihm zu verdanken haben. Sein Vermächtnis ist unser Ansporn. Wie niemand sonst weiß die Union um Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt. Wir werden Helmut Kohl ein ehrendes Andenken bewahren.

Abzug der Bundeswehr aus Incirlik.

Die Gespräche zu den Besuchsmöglichkeiten von Bundestagsabgeordneten bei den Bundeswehr-Soldaten im türkischen Incirlik sind an der türkischen Regierung gescheitert. Damit verweigert die Türkei den Parlamentariern eines NATO-Partners endgültig das Besuchsrecht. Diese Entscheidung der Türkei ist nicht nur falsch. Sie widerspricht dem Wertekanon der NATO und erschwert unnötig den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das terroristische Regime des IS.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden vom Bundestag mandatiert und müssen durch diesen auch kontrolliert werden können. Dazu gehört auch die grundsätzliche Besuchsmöglichkeit durch Abgeordnete. Das Verhalten der Türkei zwingt uns zur Verlegung der Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Diese sollen auf die jordanische Luftwaffenbasis Al Azraq verlegt werden.

Stärkung und Aufwertung des Pflegeberufs.

Wir bringen die Pflegereformen dieser Legislaturperiode mit der Reform der Pflegeausbildung zum Abschluss. Nachdem mehr Bedürftige mehr Leistungen in der Altenpflege beziehen, sorgen wir nun dafür, dass auch bei steigender Anzahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen, starten wir ab 2020 einen Praxistest und lassen eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zu. Alle Pflege-Auszubildenden werden die ersten zwei Jahre lang gemeinsam ausgebildet. Danach können sie sich entscheiden, ob sie sich im dritten Jahr auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie Generalisten bleiben möchten. Uns war wichtig, dass die drei Berufsabschlüsse – insbesondere in der Alten- und Kinderkrankenpflege – erhalten bleiben und gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die Auszubildenden sollten die größtmögliche Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welches der beiden Modelle das bessere ist.

Unsere große Sorge war, dass der Nachwuchs ausbleibt, weil Schüler mit Hauptschulabschluss mit der neuen Ausbildung überfordert sein könnten. Es ist nun vorgesehen, dass Pflegeschüler, die nach zwei Jahren die Ausbildung mit einer Prüfung beenden, zukünftig als Pflegeassistenten arbeiten können. Positiv ist auch, dass das Schulgeld in der Altenpflege der Vergangenheit angehört. Dies ist ein wichtiger Beitrag, dem Fachkräftemangel in der Pflege wirksam zu begegnen.

Nach sechs Jahren Umsetzung der neuen Ausbildung erfolgt dann eine Auswertung der Anzahl der separaten Abschlüsse. Haben mehr als 50 Prozent den generalistischen Abschluss gewählt, sollen die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen. Über Abschaffung oder Beibehaltung entscheidet der Deutsche Bundestag. Ebenso wird der Gesetzgeber über die weitere Ausgestaltung des Pflegeberufsgesetzes durch eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung beraten.

II. Die Woche im Parlament

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo. Wir stimmen über die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo in namentlicher Abstimmung ab. Der 1999 begonnene Einsatz hat zu einer zunehmenden Befriedung der Lage in der krisengeschüttelten Region geführt, so dass sich der Schwerpunkt des Einsatzes zunehmend von Eingreifkräften zu Aufklärungs- und Beratungsfähigkeiten verschiebt. In Anbetracht der insgesamt stabilen Lage soll die Personalobergrenze von 1.350 auf 800 einsetzbare Soldaten abgesenkt werden.

Bericht über das deutsche Engagement beim Einsatz von Polizisten in internationalen Polizeieinsätzen 2016. Zum ersten Mal legt die Bundesregierung einen umfassenden Überblick über die historische Entwicklung und die gegenwärtige Praxis der deutschen Beteiligung an internationalen Polizeieinsätzen vor. Seit der erstmaligen Teilnahme an einer beauftragten Friedensmission 1989 haben mehr als 9.000 Beamte an rund 40 Einsätzen in etwa 30 Ländern teilgenommen. Der Einsatz deutscher Polizisten ist ein wesentlicher, sichtbarer und aktiver Teil deutscher Außenpolitik und zugleich Beitrag zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in Deutschland und Europa.

Klimaschutzplan 2050 – Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Der Klimaschutzplan 2050 gibt einen Überblick über die Grundlinien der Umsetzung der Klimaschutzstrategie Deutschlands im Einklang mit den internationalen, europäischen und nationalen Klimazielen. Der Plan befasst sich außerdem mit der Abschätzung und Bewertung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen klimapolitischer Maßnahmen sowie der Ausgestaltung der verschiedenen Klimasektorziele.

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 21). In zweiter und dritter Lesung beschließen wir eine Grundgesetzänderung, mit der Parteien, die nach ihren Zielen dem Verhalten ihrer Mitglieder darauf ausgerichtet sind, die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, von der staatlichen Teilfinanzierung und von steuerlichen Begünstigungen ausgeschlossen werden können.

Gesetz zum Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung. Als Konsequenz der genannten Grundgesetzänderung verabschieden wir in zweiter und dritter Lesung ebenfalls ein Gesetz zur Schaffung eines entsprechenden Verfahrens im Bundesverfassungsgerichtsgesetz. Nur das Bundesverfassungsgericht kann eine Partei von der staatlichen Teilfinanzierung ausschließen, wobei der Ausschluss für die Dauer von sechs Jahren erfolgt.

Suizidprävention weiter stärken – Menschen in Lebenskrisen helfen. Pro Jahr sind etwa 10.000 Todesfälle in Deutschland auf einen Suizid zurückzuführen. Mit unserem Antrag zielen wir darauf ab, dass zusätzliche Anstrengungen zur Vermeidung dieser tragischen Vorfälle unternommen werden. Wir wollen den Betroffenen und ihren Angehörigen frühzeitig Auswege in Form von Behandlung, Unterstützung und Prävention anbieten, um die Suizidrate in Deutschland nachhaltig zu senken.

Kooperationsmodelle im Nachtzugverkehr stärken. Im Nachtzugverkehr existiert bereits ein weitreichendes Fahrtangebot verschiedener Anbieter, insbesondere auch in Form länderübergreifender Kooperationen. In unserem Koalitionsantrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich gegenüber der Deutschen Bahn für den Erhalt und gegebenenfalls die Ausweitung dieser bestehenden Kooperationen einzusetzen. Auf EU-Ebene soll die Bundesregierung für bessere Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Nachtzugverkehr eintreten. Nicht mehr benötigtes Zugmaterial sollte anderen Nacht- und Autozugbetreibern angeboten und ein einheitliches, länderübergreifendes Buchungssystem für Nachtzugfahrten geschaffen werden.

Verantwortliche Ansprechperson:

Klaus-Peter Flosbach MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de

Web: www.klaus-peter-flosbach.de

Facebook: www.facebook.com/KlausPeterFlosbach